Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 109. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 11. Mai 1927

Landbau und Wirtschaft.

Sehr eifrig debattiert man auf der Wirtschaftskonferenz in Genf und kluge Worte werden genug gewechselt. Ob aber die Taten dem entsprechen werden? Ob man wenigstens zu gemeinsamen Entschließungen kommen wird? Eine ziemliche Einheitlichkeit der Anschauungen hat sich bisher zum mindesten in jenem der drei Ausschüsse gezeigt, der sich mit den landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Diese werden von ganz besonderer Wichtigkeit, wenn man den Blick nämlich nicht auf den Kreis der europäischen, stark industrialisierten Länder beschränkt, sondern ihn um den ganzen Erdball schweifen läßt. Mit Recht hat darum der französische Sachverständige darauf hingewiesen, daß die Hälfte der Menschheit zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gehört und daher am weitgehendsten Abnehmer der Industrieerzeugnisse ist. Da taucht denn sofort die Notwendigkeit auf, zu prüfen, ob der Weg der landwirtschaftlichen Erzeugung zum Verbraucher und umgekehrt der Industrieerzeugnisse auf das sie verbrauchende Land hier ein möglichst kurzer und gerader ist. Das hat man in Genf mit Recht verneint.

Aufgabe des Handels ist es, die Erzeugnisse den örtlichen und sonstigen Bedürfnissen gemäß zu verteilen, und darin liegt seine volkswirtschaftliche Berechtigung. Daß dabei aber nur unbedingt notwendige Zwischenglieder eingeschaltet werden dürfen, alles unnötig Verteuernde jedoch ausgeschaltet bleiben oder — wenn es sich hineingedrängt hat — ausgeschaltet werden muß, hebt der deutsche Minister Hermes als Sachverständiger hervor: „Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse muß erleichtert werden."

Das ist eine alte Forderung gerade in Deutschland. Freilich hat es sich im Kriege bei der Zwangswirtschaft gezeigt, daß die soviel beredete direkte Zusammenbringung des Erzeugers und des Verbrauchers nicht ganz so einfach ist, wie man sich das vorstellte. Mag es bestimmte große, vielleicht örtlich und sonstwie geeinte Verbrauchermassen einheitlicher Prägung und annähernd gleicher Bedürfnisse geben, so wird dieses System, das leicht in einen erstickenden Bureaukratismus ausmündet, doch immer sich ergänzen müssen durch einen volkswirtschaftlich gar nicht zu beseitigenden Handel.

Die Verkürzung des Weges zwischen Erzeugern und Verbrauchern der Agrarerzeugnisse muß aber nicht bloß von der Verbraucherseite her angebahnt werden, sondern auch von der anderen Seite her. Darauf ist in Genf gleichfalls hingewiesen worden. Das ist — besonders in Deutschland — schon in weitgehendem Maße geschehen durch die Schaffung und die Verbreitung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens jeder Art, die eigentlich auch erst die Voraussetzung abgab für eine immer bessere Organisierung der Agrarerzeugung. Gleichzeitig aber auch für eine Verkürzung des Weges von zahlreichen Industrieerzeugnissen zum landwirtschaftlichen Bedarf hinüber. Daß hierfür noch unendlich viel geschehen kann und geschehen muß, um die Ernährungsdecke des deutschen Volkes zu vergrößern, versteht sich von selbst, nur sind gerade uns ja so zahlreiche Hemmungen und Hindernisse in den Weg gelegt, daß wir nur stolpernd und langsam vorwärtskommen.

Aber auch der Blutkreislauf zwischen Landbau und Industrie, also die Kreditpolitik, muß auf möglichst kurze Bahnen gebracht, damit beschleunigt werden. Wenn das Blut langsam und träge dahinschleicht, dann sterben die Glieder ab, nach den kleinen die großen. Gesundung des Kreislaufes — wir haben es in Deutschland bei der Stabilisierungskrise erlebt — führt aber gleichzeitig auch zur Beseitigung volkswirtschaftlicher Schädlinge, wie sie gerade auf dem Gebiete des Austausches in den Zeiten der Inflation so massenhaft emporgewuchert waren und die Scheidewand zwischen Landbau und Wirtschaft immer höher schichteten. Vieles ist jetzt besser geworden, aber viel bleibt noch zu tun übrig.

*

Agrarkrise und Weltwirtschaftskrise.

Dr. Sering gegen den Dawes-Plan.

In der landwirtschaftlichen Kommission der Weltwirtschaftskonferenz in Genf hielt der deutsche Vertreter Geheimrat Dr. Sering eine Rede über die Zusammenhänge der Agrarkrise und der Weltwirtschaftskrise. Er betonte hierbei, daß man von einer normalen Preisbildung bei landwirtschaftlichen Produkten weit entfernt sei. Die Ursache der abnormen Preisbildung liege in der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit und Kaufkraft der europäischen Industriegebiete.

Als Ursache für die gesunkene Kaufkraft gab der Redner vor allem die Steigerung der unproduktiven Ausgaben für militärische Zwecke und für Erledigung der politischen Schuldenverpflichtungen an. Letzten Endes seien die gesamten europäischen Schuldenverpflichtungen auf Grund der Bestimmungen des Dawes-Planes durch Deutschland zu leisten. In dieser Tatsache liege die Ursache der Weltagrarkrise und der Weltwirtschaftskrise begründet. Die Weltwirtschaftskonferenz verfehle ihr Ziel, wenn nicht die erste Voraussetzung für die Behebung der Weltwirtschaftskrise gegeben sei, nämlich eine Regelung der politischen Zahlungsverpflichtungen auf einer Grundlage, die für alle Beteiligten dankbar sei. Andernfalls müßten in Europa die Zustände wiederkehren, wie wir sie in Deutschland im Inflationsjahr 1923 erlebt haben. Die Rückwirkungen einer derartigen Entwickelung auf die ganze Welt würden dann nicht ausbleiben.

Im Industrieausschuß hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Lammers, Vorstandsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie, eine groß angelegte und mit nachhaltigem, lang andauerndem Beifall aufgenommene Rede, in der er die Forderung aufstellte, daß eine europäische Generalidee für die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Probleme, vor allem in bezug auf Rationalisierung und Kartellierung, geschaffen werde.

Wiedereröffnung d. Reichstages

Reichstagsbeginn nach Ostern.

Berlin, 10. Mai.

Die erste Überraschung für das erwartungsvolle Auge beim Eintritt bietet der ansehnliche Blumenstrauß auf dem Präsidentenplatz, der eine freundliche Frühlingsnote in das strenge Gefüge des Reichstagssaales bringt. Der Frühling, der sich unter dem Regiment der Eisheiligen heute etwas kühl anläßt, soll hier aber nicht begrüßt werden, sondern der von schwerer Erkrankung genesene Präsident des Hohen Hauses, Herr Löbe, dessen in angenehmer Erholungsfrische strahlendes Gesicht alsbald hinter dem Blütengebinde auftaucht. Vizepräsident Dr. Rießer spricht unter Beifall von allen Bänken Genugtuung über die Wiederherstellung des Präsidenten aus, Löbe antwortet mit Dankesworten für seine Vertretung und drückt die Hoffnung aus, in der kommenden Arbeitsperiode werde man vielleicht ohne Überstunden und Nachtschichten auskommen. Einige Abgeordnete wiegen dazu zweifelnd die Häupter. Aber allzusehr scheint der Ernst der Stunde noch nicht die Herzen ergriffen zu haben, denn die Mitteilung Löbes, die Staatsanwaltschaft verlange Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Fürst v. Bismarck und Lange-Hegermann, löst Heiterkeit von rechts und links aus, als man erfährt, der Enkel des Altreichskanzlers habe unvorschriftsmäßige Automobilfahrten unternommen und der vielgenannte frühere Zentrumsvertreter, jetzt parteilose Abgeordnete sei zu nachtschlafender Zeit unter Übertretung der Polizeistunde noch beim Becher betroffen worden. Der Geschäftsausschuß wird die Forderungen der strengen Gerichtsbarkeit auf ihre Berechtigung hin prüfen. Der völkische Dr. Frick erhebt Protest gegen die polizeiliche Bevormundung der Nationalsozialisten und verlangt sofortige Beratung der Entwürfe zur Vereinsgesetzgebung. Ein Kommunist wettert gegen die geplante Portoerhöhung und will morgen dazu Stellungnahme. Beide Anträge finden keine Mehrheit. Einige wenig erschütternde Vorlagen erreichen debattelos ihre Genehmigung. Die Bestimmungen über die Einfuhr von Gefrierfleisch rufen noch zwei Redner auf den Plan, selbst der Reichsernährungsminister Schiele erscheint auf der sonst verwaisten Ministerbank — aber es kommt weiter nichts heraus als eine Verweisung der Materie an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß. Dann läßt man es für heute genug sein, die eifrigen Volksboten können zu Skat oder Ferienerinnerungen zurückkehren. So friedlich wie diesmal wird's wohl nicht allzulange bleiben. Denn schon geht ein Raunen über bevorstehende harte Auseinandersetzungen bei der Frage der Verlängerung des Republikschutzgesetzes, die der Lösung harrt, und bei der namentlich über die mögliche oder unmögliche Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland entschieden werden soll. Da heißt es also Kräfte sammeln.

io.

*

Sitzungsbericht.

(310. Sitzung.) CB. Berlin, 10. Mai.

Die erste Sitzung nach den Osterferien sieht ein nicht allzu stark besetztes Haus. Vizepräsident Dr. Rießer richtet begrüßende Worte an den wiedergenesenen Reichstagspräsidenten. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Präsident in gleicher Weise und in gleicher Unparteilichkeit mit dem guten Humor, über den er verfüge, seine Tätigkeit noch recht lange ausüben möge. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagspräsident Löbe dankt für die herzlichen Begrüßungsworte. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die bevorstehenden großen Aufgaben des Reichstags ohne Überstunden, ohne Nachtschichten und ohne Beschränkung der sommerlichen Freiheit erledigt werden können.

Ein Antrag des Oberstaatsanwalts in Stendal auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Fürst von Bismarck (Dtn.) wegen Übertretung der Verordnung betr. Kraftfahrzeuge wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso ein weiterer Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Lange-Hegermann (parteilos) wegen Übertretung der Polizeistunde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Dr. Frick (Nationalsoz.) in einer Erklärung schärfsten Protest gegen die vormärzlichen Methoden, die gegen die Nationalsozialistische Arbeiterpartei angewendet würden. Der Redner beantragt die sofortige Beratung des dem Reichstag vorliegenden Vereinsgesetzes. Gegen die sofortige Behandlung wird Widerspruch erhoben.

Das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschechoslowakei wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzentwurf über die Abänderung der internationalen Meterkonvention wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche, Belgien, Frankreich und Italien über die gegenseitige Anerkennung der Beschußzeichen für Handfeuerwaffen. Es folgt dann die Beratung des Berichts des Ausschusses für Handelspolitik über Entschließungen betr. das Verbot der Verwendung von Gefrierfleisch zur Wurstfabrikation usw. Auf Antrag des Abg. Schlack (Ztr.) wird die Entschließung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß zurückverwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Ein kommunistischer Antrag, in der Mittwochsitzung die Frage der Portoerhöhung zu behandeln, wird abgelehnt.

Landgemeinden und Finanzausgleich.

Berlins Absage an den Städtetag.

Dem Hauptvorstand des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, der in Berlin zusammentrat, berichtete Landrat Dr. Gereke, M.d.R., ausführlich über den Reichsfinanzausgleich und den Finanzausgleich in den Ländern, besonders in Preußen. Dabei wurde ausgeführt, daß im Reichsfinanzausgleich die Wünsche der Landgemeinden zu einem erheblichen Teil Berücksichtigung gefunden hätten. Beim preußischen Finanzausgleich sei den Interessen der Landgemeinden und kleineren Städte keineswegs ausreichend Rechnung getragen worden. Die Unterverteilung der Reichssteueranteile stelle eine starke Begünstigung der großen Städte dar.

Das Reichsrahmengesetz zur Regelung der Realsteuern war ebenfalls Gegenstand lebhafter Erörterung. Landrat Dr. Gereke führte u. a. aus, ein Gesetz über die Vereinheitlichung des Steuerrechtes sei auch vom Standpunkt der Landgemeinden nur zu begrüßen. Die eingehenden Steuerbeträge müßten in erster Linie dem kleinsten Steuergläubiger, also der Gemeinde gutgeschrieben werden, so daß teilweise Stundungen nicht auf Kosten der Gemeinden gingen.

Der Vorstand des in Koblenz tagenden Deutschen und Preußischen Städtetages befaßte sich mit dem Beschluß Berlins, von den weiteren Beratungen des Städtetages als Protest dagegen vorläufig fernzubleiben, daß es bei dem Finanzausgleich nach seiner Ansicht stark benachteiligt würde. Die Vorstände halten es, wie in einer Entschließung ausgedrückt wird, für untragbar, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Städtetag und seinem Vorsitzenden, dem Berliner Oberbürgermeister, in der Öffentlichkeit in einer Weise ausgetragen werden, die das Gesamtinteresse aller Städte schädigen muß. Sie bedauern das Fehlen des Oberbürgermeisters von Berlin in der von ihm einberufenen Sitzung, die Gelegenheit zur Aussprache mit ihm und zur Verständigung hätte geben können. Der Städtetag hält es, wie in der Entschließung zum Schluß betont wird, nach wie vor für seine Pflicht, Einzelinteressen aller seiner Mitglieder dem höheren Interesse der Gesamtheit einzuordnen.

Enttäuschung der Engländer in China.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 11. Mai. In der vorgestrigen Erklärung Chamberlains im Unterhause wird gesagt, daß der Umschwung der englischen Politik in China in Pekinger britischen Kreisen, wie Daily Telegraph zu berichten weiß, beträchtliche Enttäuschung hervorgerufen habe. Es soll lediglich die chinesische Soldateska im Schach gehalten werden.

Die Amerikaflieger verschollen.

Vor einer großen Suchaktion.

Die Nachricht, daß die französischen Transozeanflieger bereits an der amerikanischen Küste gesichtet wurden, hat sich nicht bestätigt; ihr Schicksal ist vielmehr ganz ungewiß. Newyork ist ohne Nachricht. Das Marinedepartement hat 18 große und schnelle Kriegsschiffe unter Dampf, die sofort in See gehen können, wenn eine Anweisung des Präsidenten, der allein den Befehl geben kann, in Newyork eintrifft. Ohne diesen Befehl abzuwarten, hat die Werft in Boston einen Schlepper bis nach Cap Sable entsandt und einen anderen in See hinaus bis auf die Höhe von Neuschottland, um schon Vorarbeiten für die suchenden Kriegsschiffe zu leisten.

Allgemein wird angenommen, daß Nungesser und Coli nach Verbrauch ihrer Benzinvorräte auf die See hinunter-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF